



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

19. Wahlperiode - 26. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. Juni 2019, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Peer Knöfler (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Dr. Heiner Dunckel (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Frank Brodehl (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Vorsitzender

i. V. v. Tobias von der Heide

i. V. v. Tim Brockmann

**Weitere Abgeordnete**

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Vorstellung des Antrags der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel auf Exzellenz-Universität durch Präsident Dr. Kipp</b>	<b>4</b>
	Umdruck 19/2491	
<b>2.</b>	<b>Mündliche Anhörung</b>	<b>5</b>
	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Attraktivität des Lehramts an Grundschulen</b>	<b>5</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1424	
<b>3.</b>	<b>Terminplanung 2020</b>	
	Umdruck 19/2610	<b>8</b>
<b>4.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>9</b>

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. Vorstellung des Antrags der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel auf Exzellenz-Universität durch Präsident Dr. Kipp**

[Umdruck 19/2491](#)

Präsident Dr. Kipp stellt den Antrag und das Antragsverfahren vor (siehe Anlage). Er betont die inter- und transdisziplinäre Ausrichtung (zum Beispiel Projekt „Clean Autonomous Public Transport in Kiel“).

Auf eine Frage von Abg. Waldinger-Thiering teilt Herr Sadaune mit, die Quote ausländischer Studierender betrage an der CAU rund 10 %

Wissenschaftsministerin Prien teilt mit, die Exzellenzkommission (39 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie die Wissenschaftsministerinnen und -minister von Bund und Ländern) entscheide am 19. Juli 2019 über die Förderung von voraussichtlich elf Exzellenzuniversitäten.

Herr Dr. Kipp spricht sich dafür aus, mehr als elf Universitäten als Exzellenzuniversitäten zu fördern, auch wenn die Förderung für die einzelnen Hochschulen dann etwas geringer ausfalle. Entscheidend seien der Reputationsgewinn und die Perspektive.

Der Bildungsausschuss unterstützt die Bewerbung der CAU.

## 2. Mündliche Anhörung

### Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Attraktivität des Lehramts an Grundschulen

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 19/1424](#)

(überwiesen am 15. Mai 2019)

Deutscher Gewerkschaftsbund <b>Olaf Schwede</b>	19/2472
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft <b>Astrid Henke</b>	19/2472
dbb Beamtenbund und Tarifunion - Landesbund Schleswig-Holstein <b>Kai Tellkamp</b>	19/2472
Verband Bildung und Erziehung <b>Rüdiger Gummert</b>	19/2472
Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule <b>Dieter Zielinski</b>	19/2472
Schulleitungsverband <b>Olaf Peters</b>	

Alle Anzuhörenden begrüßen die Anhebung der Besoldung der Grundschullehrkräfte, wünschen sich aber, dass die Anpassung schneller erfolgt ([Umdruck 19/2472](#)), damit die Lehrkräfte uneingeschränkt die erforderliche Wertschätzung erhielten, auch ältere Lehrkräfte noch in vollem Umfang von der Verbesserung profitierten und die Attraktivität des Grundschullehramts in Schleswig-Holstein tatsächlich und sofort gesteigert werde (Stichwort: Lehrermangel). Die Einführung einer neuen Amtszulage A 16 Z in diesem Gesetz sehen die Anzuhörenden überwiegend kritisch. Außerdem fordern sie, dass alle Studienabsolventinnen und -absolventen mit einem Master und einem Vorbereitungsdienst dem zweiten Einstiegssamt der Laufbahngruppe 2 zugeordnet würden (auch Grundschullehrkräfte) und die Besoldung der Förderzentrumsleitung zeitnah gerechter geregelt werde.

Frau Henke, Vorsitzende der GEW Schleswig-Holstein, macht darauf aufmerksam, dass die Umstellung der Grundschullehrkräftebesoldung von A 12 auf A 13 in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Bremen deutlich schneller erfolge. Außerdem sei es misslich, dass bei der Bewerbung auf Leitungsstellen Koordinatoren mit A 14 Z und einer dienstlichen Beurteilung mit der Note 1 Koordinatoren mit A 13 Z und ebenfalls einer dienstlichen Beurteilung mit der Note 1 aus rechtlichen Gründen der Vorzug gegeben werden müsse.

Herr Tellkamp, Vorsitzender des Beamtenbunds, erwartet von der Politik die Vorlage einer Gesamtkonzeption für die Bezahlung im öffentlichen Dienst. Es sei nicht hinnehmbar, dass Erzieherinnen netto 1.500 € weniger verdienten als Grundschullehrkräfte. Außerdem setze sich der dbb weiter dafür ein, die Zahl der Pflichtstunden zu reduzieren und die Beförderungsmöglichkeiten im Lehrkräftebereich zu optimieren. Er hält es für „nicht schlüssig und schräg“, Grundschullehrkräfte im ersten Einstiegsamt zu belassen und dabei auch noch die Besoldungsgruppe A 13 als Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 zu bezeichnen. Im Übrigen sollte das Beurteilungswesen optimiert werden.

Herr Zielinski, Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule, geht davon aus, dass die Besoldungsanhebung das Grundschullehramt, das zurzeit zu 90 % von Frauen ausgeübt werde, für Männer attraktiver machen werde. Er weist darauf hin, dass es Schulleitungsassistenten in der Praxis gebe, mit der Funktion, Schulleitung zu unterstützen, Kompetenz aufzubauen und sich zu qualifizieren. Dafür könnte man den Schulen zusätzliche Entlastungsstunden zur Verfügung stellen. Er kritisiert, dass eine Realschullehrerin als Koordinatorin an einer Gemeinschaftsschule nach A 14 (gegebenenfalls mit Zulage) und ein Studienrat als Koordinator nach A 15 besoldet werde. Obwohl sie die gleiche Arbeit machten, würden sie unterschiedlich, laufbahnbezogen bezahlt.

Herr Peters, stellvertretender Vorsitzender des Schulleitungsverbands, wünscht sich, die Leitung von schulischen Außenstellen durch die Einsetzung einer „echten“ Leitung zu stärken. Dem Lehrermangel könne man nur mit einer Zulage oder dem Angebot einer Dienstwohnung oder eines Grundstücks begegnen.

Auf weitere Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Schwede, das unterschiedliche Beamten-, Laufbahn- und Besoldungsrecht mache einen direkten Besoldungsvergleich zwischen den Bundesländern schwierig. Der vorliegende Gesetzentwurf verfolge keine Gleichmacherei oder gar Privilegierung, vielmehr beseitige er eine bestehende Ungerechtigkeit.

Frau Henke stellt klar, im Beamtengesetz des Landes Schleswig-Holstein sei geregelt, dass man für das zweite Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 den Masterabschluss und den Vorbereitungsdienst brauche. Daraus müsse zwangsläufig folgen, dass alle Lehrkräfte diesem Amt zugeordnet würden. Das Bildungsministerium habe zugesagt, dass auch die Tarifbeschäftigten die Strukturzulage erhielten. Vor dem Hintergrund der herausfordernden Arbeitsbedingungen in den Grundschulen und des Fachkräftemangels müssten Anreize geschaffen

werden, sowohl für angehende Lehrkräfte als auch für ältere Lehrkräfte, möglichst lange an der Grundschule zu arbeiten. Dazu könnte eine möglichst schnelle Umsetzung der Besoldungsanhebung dienen, die sich auch positiv auf die Höhe der Pension auswirke. Ungefähr 1.100 Lehrkräfte seien zwischen 58 und 63 Jahre alt und müssten in den nächsten fünf Jahren ersetzt werden; die Versorgungslücke werde jedes Jahr größer. Den größten Bedarf an Grundschullehrkräften gebe es im Süden des Landes, und immer noch nähmen in Schleswig-Holstein ausgebildete Lehrkräfte eine Arbeitsstelle in Hamburg an. Für schulische Außenstellen könnte man darüber nachdenken, zusätzliche Funktionsstellen zu schaffen. Die Arbeit von A-13-Z-Koordinatoren sei laut Besoldungsgesetz nicht gleichwertig mit der Arbeit von A-14-Z-Koordinatoren. Die Besoldung der Förderzentrumsleitung sollte sich nicht an Schülerzahlen, sondern zum Beispiel an der Zahl der zugewiesenen Lehrerwochenstunden orientieren.

Herr Gummert, Landesvorsitzender des VBE, steht auf dem Standpunkt, dass das System der Lehrerbesoldung einer grundsätzlichen Neubewertung bedürfe. Entscheidend sei, dass die lange geforderte Umstellung der Grundschullehrkräftebesoldung von A 12 auf A 13 jetzt tatsächlich umgesetzt werde. Die von Abg. Dr. Brodehl angesprochene Position von Schulleitungsassistenten gebe es nicht. Lehrermangel gebe es in ganz Schleswig-Holstein, nicht nur in bestimmten Regionen.

Der Bildungsausschuss will in der nächsten Sitzung, am 19. Juni 2019, über den Gesetzentwurf beraten und abstimmen.

### **3. Terminplanung 2020**

Umdruck 19/2610

Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine 2020, [Umdruck 19/2610](#).



#### **4. Verschiedenes**

Nächste Sitzungen:

- 19. Juni 2019, 13:30 Uhr
- 15. August 2019, 14 Uhr
- 8. bis 15. September 2019, Informationsreise nach Toronto (Kanada)

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, schließt die Sitzung um 16:25 Uhr.

gez. Peer Knöfler  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer